

Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Forstwesen = Swiss forestry journal = Journal forestier suisse
Herausgeber: Schweizerischer Forstverein
Band: 169 (2018)
Heft: 3

Artikel: Die Berner Waldpolitik im "Kampf der Ideologien" (Essay)
Autor: Schmidt, Roger
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1097380>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 01.05.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Berner Waldpolitik im «Kampf der Ideologien» (Essay)

Roger Schmidt Amt für Wald des Kantons Bern (CH)*

Die Berner Waldpolitik im «Kampf der Ideologien» (Essay)

Die Schweizer Kantone driften in wichtigen Fragen zur Waldwirtschaft auseinander. Auch wenn die unterschiedlichen Verhältnisse dies teilweise zu begründen vermögen, ist es doch problematisch. Es hemmt die Entwicklung der nationalen Waldpolitik und der Holzwirtschaft, und es birgt Risiken für die Waldwirtschaft und die Forstdienste in den Kantonen. Der Artikel entwickelt daher ein Raster zur Beschreibung kantonaler Waldpolitiken und regt deren vermehrte Diskussion an. Ein zentraler Punkt ist die Rolle, welche der Staat bei der Waldwirtschaft einnimmt. Der Erfüllungsstaat betrachtet diese aufgrund der öffentlichen Interessen als Service public und erbringt die Leistungen selbst. Der neoliberale Minimalstaat privatisiert die Waldwirtschaft vollständig und geht davon aus, dass der Markt alle Bedürfnisse effizient befriedigt. Die bernische Waldpolitik kann dem Modell des Gewährleistungsstaats zugeordnet werden. Dieser liegt im Staatsverständnis zwischen den beiden genannten Extremen: Der Staat legt die gewünschten Leistungen fest und stellt sicher, dass sie von einer unternehmerischen Waldwirtschaft bedarfsgerecht erbracht werden. Die strukturelle Entwicklung der Waldwirtschaft ist dabei im Kanton Bern der Schlüssel zum Erfolg und entsprechend auch Kernanliegen der kantonalen Strategie im Aufgabenbereich Wald.

Keywords: forest policy, internal divergence, forest organisation, canton of Bern, Switzerland
doi: 10.3188/szf.2018.0125

* Laupenstrasse 22, CH-3011 Bern, E-Mail roger.schmidt@vol.be.ch

Die Entwicklung der Waldwirtschaft wird in der Schweiz seit längerem kontrovers diskutiert. De Buren (2011) spricht von einer Kluft, die sich durch die Branche zieht. Auch in der Konferenz der Kantonsförster (KOK) gehen die Haltungen in wichtigen Fragen zur Entwicklung der Waldwirtschaft auseinander. Dies hat durchaus Gründe, denn die Kantone weisen in vielfacher Hinsicht unterschiedliche Verhältnisse auf. Auffallend ist aber, dass die kantonalen Waldpolitiken selten beschrieben und verglichen werden. Dabei wäre der Dialog sehr wichtig, weil die grossen Unterschiede für die Gemeinwesen und die Waldwirtschaft in der Schweiz auch Risiken bergen. Der Essay versteht sich in diesem Sinne als Diskussionsbeitrag zur Frage, wie die Kantone auf die Waldwirtschaft einwirken. Ausgehend von der Problemstellung wird ein Raster zur Beschreibung kantonaler Waldpolitiken vorgeschlagen. In einem zweiten Teil wird die Waldpolitik des Kantons Bern beschrieben und begründet. Der Artikel schliesst mit dem Appell, den unternehmerischen Aufbruch der Waldwirtschaft zu wagen.

Problemstellung

Die KOK hat im Auftrag der früheren Forstdirektorenkonferenz die Nachhaltigkeit der Schweizer Waldwirtschaft in der ökonomischen Dimension diskutiert. In zwei Punkten bestand Konsens (KOK 2017):

- 1) Die Wettbewerbsfähigkeit der inländischen Wald- und Holzwirtschaft ist ungenügend, was auch die Sicherung der Waldleistungen und die Anpassung an den Klimawandel infrage stellt.
- 2) Bund und Kantone tragen mit ihren Waldpolitiken Mitverantwortung für die Waldwirtschaft. Ihrer Leistungsfähigkeit soll künftig grössere Beachtung geschenkt werden.

Mit diesen klaren Feststellungen endet die Einigkeit. Die Meinungen zu Handlungsbedarf und Handlungsfeldern gehen auseinander. Die Kantone folgen in Abhängigkeit ihrer Bevölkerungsdichte und Finanzstärke unterschiedlichen Wirtschaftslogiken. Zudem hängen die Bedeutung des Waldes, seine Produktivität und die Bewirtschaftungskosten von na-

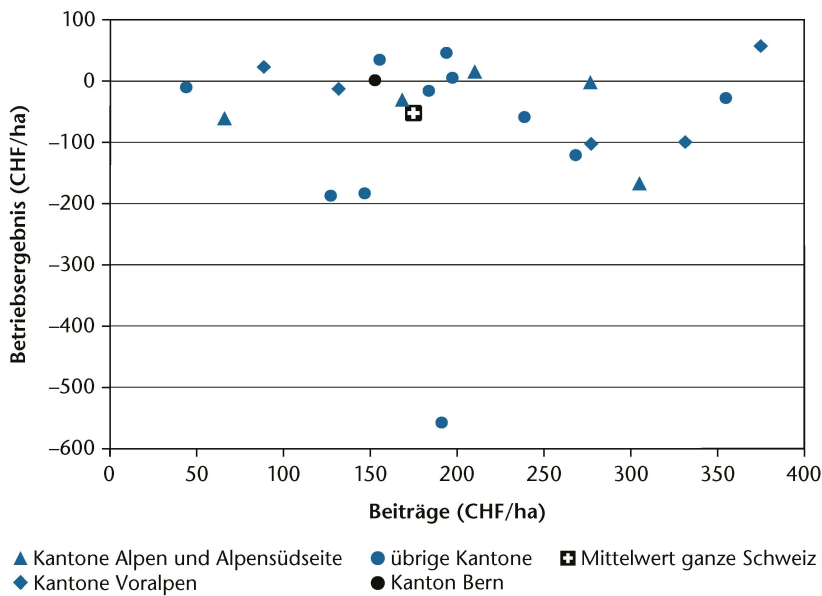


Abb 1 Öffentliche Förderung (Bund, Kanton und Gemeinden) und Betriebsergebnis der Forstbetriebe pro Kanton. Dargestellt sind die Mittelwerte der Jahre 2015 und 2016 gemäss Schweizerischer Forststatistik (BFS 2017). Vier Kantone weisen keine Forstbetriebe aus. Die Kantone sind den Zonen Alpen/Alpensüdseite und Voralpen zugeordnet, wenn mehr als 66% der produktiven Waldfläche der Betriebe in der entsprechenden Zone liegt.

türlichen Faktoren ab, die regional unterschiedlich sind. Auch die Waldeigentumsstrukturen spielen eine wichtige Rolle. Dennoch sind nicht alle festgestellten Unterschiede erklärbar. So hat die BAK Basel in einem «technischen Benchmarking der Fall- und Strukturkosten» im Aufgabenfeld «Forstwirtschaft» sehr grosse Abweichungen zwischen Kantonen der «gleichen forstwirtschaftlichen Wirtschaftsregion» festgestellt (BAK Basel 2014: 72). Auch die Rechnungen der Forstbetriebe in der Schweizerischen Forststatistik zeigen Überraschendes (Abbildung 1): Die Betriebsergebnisse nach Kantonen liegen im Durchschnitt der Jahre 2015 und 2016 zwischen minus 557 und plus 57 Franken pro Hektare produktiver Waldfläche, dies bei Beiträgen von Bund, Kanton und Gemeinden von 44 bis 374 Franken pro Hektare. Bei zwei benachbarten Voralpenkantonen liegen die Beiträge bei 131 und 374 Franken pro Hektare, zwei ebenfalls benachbarte Mittellandkantone weisen Betriebsergebnisse von minus 557 und plus 34 Franken aus (BFS 2017). Die Zahlen zeigen, dass die Kantone unterschiedliche Ziele zur Waldwirtschaft verfolgen, was aus mehreren Gründen problematisch sein kann:

1) Die Waldwirtschaft ist weiterhin auch für die Versorgung der inländischen Wirtschaft mit Holz verantwortlich. Die Holzindustrie agiert unter schwierigen Rahmenbedingungen in einem zunehmend globalisierten Umfeld. Unklare oder widersprüchliche Signale der Kantone zur künftigen Holzversorgung hemmen Investitionen in die Weiterverarbeitung. Dabei sind Innovationen und Investitionen die Erfolgsfaktoren für die Zukunft der Schweizer Holzindustrie und damit auch der Waldwirtschaft.

2) Grundlegende Differenzen zwischen den Kantonen behindern eine wirksame nationale Waldpolitik. Sie schwächen auch die Position der Kantone gegenüber dem Bund bei der Erfüllung der Verbundaufgabe Wald.

3) Die grossen Unterschiede bergen Risiken für die Waldwirtschaft und die Forstdienste in den Kantonen. Es werden vermehrt interkantonale Vergleiche der Finanzhaushalte angestellt, um Kostensenkungspotenziale zu ermitteln (vgl. auch BAK Basel 2017). Der bereits zitierte Bericht von BAK Basel (2014) führte im Kanton Zug zu einem Entlastungspaket mit mehreren Sparmassnahmen im Forstbereich. Wenn die Waldwirtschaft von Beiträgen und von der Defizitdeckung der öffentlichen Hand abhängt, ist sie bei Sparmassnahmen besonders anfällig. Wohl deshalb unternehmen forstliche Interessengruppen in verschiedenen Kantonen Anstrengungen, die finanziellen Mittel und damit die aktuellen Strukturen politisch abzusichern.

Bund, Kantone und Verbände ringen schon seit Jahren um die «richtige» Waldpolitik. Am deutlichsten zeigte sich dies im Rahmen der Teilrevision des Waldgesetzes von 2005. Eine «neoliberal geprägte Seite» wollte staatliche Regulierungen abbauen und eine unternehmerische Waldwirtschaft fördern, während eine «konservativ geprägte Gruppe» mit der Volksinitiative «Rettet den Schweizer Wald» nicht nur Gegensteuer geben, sondern die Waldbewirtschaftung als öffentliche Dienstleistung verankern wollte (von Fischer 2012). Die Initiative fand in Forstkreisen breite Unterstützung. Sie sah vor, dass Bund und Kantone die Pflege des Waldes organisieren (BBl 2007 3829), was als Verstaatlichung interpretiert werden kann. Durch das Nichteintreten der eidgenössischen Räte auf die Waldgesetzrevision und den dadurch ermöglichten Rückzug der Volksinitiative wurde der politische Prozess 2008 abrupt abgebrochen. Er hatte dennoch Folgen für den Kanton Bern. Bei der nachfolgenden Teilrevision des kantonalen Waldgesetzes wurden Fragen, die zu einem ähnlichen Konflikt hätten führen können, ausgeklammert (von Fischer 2012).

Dabei wäre der Reformbedarf in der Schweizer Waldwirtschaft generell sehr gross. Ein Vergleich der Testbetriebsergebnisse der 64 Forstbetriebe des Schweizer Mittellandes mit den 88 forstlichen Kommunalbetrieben Baden-Württembergs verdeutlicht dies: Während die süddeutschen Betriebe, die sehr wohl auch dem Gemeinwohl und der Nachhaltigkeit verpflichtet sind, für die Kommunen bei geringen Beiträgen hohe Gewinne erwirtschaften, schreiben die vergleichbaren Testbetriebe des Schweizer Mittellandes trotz hoher Beiträge grosse Defizite. Im Jahr 2011 wurden pro Hektare 337 Franken an öffentlichen Mitteln aufgewendet, per Saldo 530 Franken mehr als bei den rentablen süddeutschen Betrieben (Schmidt 2016). Diese Differenz ist

so gross, dass sie für die öffentliche Hand zunehmend relevant wird.

Es besteht Handlungsbedarf, und besonders gefordert sind die Kantone. Um mit begrenzten öffentlichen Mitteln eine leistungsfähige Waldwirtschaft für die Zukunft zu erhalten, sind Veränderungen nötig. Daneben besteht auch Forschungsbedarf. Ausgehend von den Testbetriebsergebnissen sollten die öffentlichen Kosten, die Leistungen und der gesellschaftliche Nutzen der Waldwirtschaft vertieft evaluiert und mit dem angrenzenden Ausland verglichen werden.

Grundsatzfragen und Raster zur Beschreibung kantonaler Waldpolitiken

Mit der «Waldpolitik der Schweiz» (Steinmann et al 2017) liegt eine aktuelle Beschreibung der nationalen Politik vor. Der nachfolgende Ansatz kann als Anregung für eine nähere Betrachtung der kantonalen Waldpolitiken dienen. Er geht von vier Grundsatzfragen aus, die sich aus den Diskussionen um die Zukunft der Waldwirtschaft in der Schweiz herausfiltern lassen:

- 1) Wer erstellt in Zukunft die politisch gewünschten Waldleistungen? Obliegt die Erfüllung der Aufgaben dem Kanton oder einer unternehmerischen Waldwirtschaft?
- 2) Wird der Wald integrativ (multifunktional) oder segregativ bewirtschaftet? De Buren (2011) spricht in diesem Zusammenhang von einer starken oder schwachen Multifunktionalität.
- 3) Gehört die Versorgung der Wirtschaft mit der Ressource Holz weiterhin zu den Bedürfnissen, die ein Kanton in seiner Waldpolitik berücksichtigt, oder sind es nur noch Schutz- und Wohlfahrtsleistungen?
- 4) Werden amtliche (hoheitliche und nicht hoheitliche; vgl. dazu Bloetzer 2009) und betriebliche Aufgaben organisatorisch verbunden oder getrennt?

Die vier Fragen führen zu einem einfachen Schema, mit dem sich die kantonalen Waldpolitiken beschreiben und einordnen lassen (Abbildung 2). Ein wirtschaftsliberales Konzept würde sie mit der Kombination «DDDD» beantworten. Die Eigentümer entscheiden hier einzig aufgrund der Marktpreise, wel-

che Waldleistungen sie produzieren. Der Staat tritt allenfalls als Einkäufer auf. Umgesetzt ist dieses Wirtschaftsmodell seit Anfang der 1990er-Jahre beispielsweise in Neuseeland (Roche 2017). Anders sieht das Konzept der Volksinitiative «Rettet den Schweizer Wald» aus, das auf die Kombination «AAAA» tendiert.

Ein ausgesprochener Gebirgskanton mit wenig produktiven Schutzwäldern oder ein kleiner, sehr urban geprägter Kanton könnte die Kombination «BBDA» aufweisen: 1) Der kantonale Forstdienst erachtet die Waldbewirtschaftung als Aufgabe, die der Kanton selbst steuert. Er berät und fördert sie nicht nur, sondern fällt auch die dispositiven Nutzungsentscheide. Die operative Bewirtschaftung erfolgt durch kommunale Betriebe, die im gegebenen Rahmen unternehmerisch agieren (B). 2) Die Multifunktionalität der Waldbewirtschaftung steht im Vordergrund, einzig die Förderung erfolgt nach segregativen Ansätzen (B). 3) Man hat Sympathie für den einheimischen Rohstoff Holz. Weil die wirtschaftliche Bedeutung klein ist, und man Widersprüche zu anderen Leistungen des Waldes sieht (Akzeptanz), bekennt sich der Kanton aber kaum mehr zur Holzproduktion (D). 4) Die kommunalen Forstbetriebe erfüllen auch die übertragbaren amtlichen Aufgaben (A).

Berner Waldpolitik – Ideologien, Herausforderungen und Antworten

Die Waldpolitik der Kantone ist bestimmt durch die geltende Gesetzgebung und durch neue Herausforderungen, denen sie sich stellen muss. Politische Prozesse entscheiden, ob diese auf die politische Agenda kommen und zu Gesetzesänderungen oder neuen Programmen führen. Die Verwaltung ist dabei nicht nur Gegenstand der Politik, sie wirkt durch die Aufbereitung von Informationen, die Vorbereitung von Entscheidungen und die Umsetzung selbst daran mit. Politik und Verwaltung bestimmen die Leistungen des Staates.

Reichard (2004) spricht allgemein von einem «Kampf der Ideologien» zwischen dem traditionellen Staatsverständnis des Wohlfahrtsstaates und dem durch Thatcherismus und Reagonomics geprägten neoliberalen Minimalstaat der 1980er-Jahre. Ein neueres Konzept ist jenes des Gewährleistungsstaates (Tabelle 1): Der Staat definiert die politisch gewollten öffentlichen Aufgaben und gewährleistet deren Erfüllung. Er führt sie aber nicht zwingend selbst aus. Die Erledigung der Aufgaben kann der Wirtschaft oder den Bürgern obliegen (Reichard 2004). Die Organisation soll dabei unter Beachtung der politischen Vorgaben mithilfe ökonomischer Kriterien festgelegt werden (Hostettler 2003 mit weitergehender Literatur). Eine solche Rollenverteilung bringt gegenüber dem Erfüllungsstaat, der den Service public mono-

| Kriterium | Mögliche Ausprägungen | | | |
|---------------------------------------|-----------------------|---|---------------------|------------|
| | A | B | C | D |
| 1) Erfüllungsverantwortung | Kanton | | | Wirtschaft |
| 2) Bewirtschaftung | integrativ | | | segregativ |
| 3) Inhalte der Waldpolitik | mit Holzwirtschaft | | ohne Holzwirtschaft | |
| 4) Amtliche und betriebliche Aufgaben | verbunden | | | getrennt |

Abb 2 Raster zur Beschreibung der kantonalen Waldpolitiken anhand von vier Kriterien (vgl. Grundsatzfragen im Text). A und D repräsentieren die extremen Ausprägungen, B und C stellen Mittelwege dar.

| Aufgabe | Gewährleistung | Erfüllung |
|---|----------------|-----------|
| Staatliche Kernaufgabe | Staat | Staat |
| Staatliche Gewährleistungsaufgabe | Staat | Private |
| Private Kernaufgabe (nicht staatliche A.) | Private | Private |

Tab 1 Das Modell des Gewährleistungsstaates (in Anlehnung an Reichard 2004).

politisch plant, durchführt und kontrolliert, meistens deutliche Effizienzgewinne, weil Preissignale, unternehmerisches Denken, Wettbewerb und Innovation einen grösseren Stellenwert erhalten. Im Staatsverständnis liegt der Gewährleistungsstaat damit zwischen dem Erfüllungsstaat und dem neoliberalen Minimalstaat, der die Leistungen vollständig privatisiert und davon ausgeht, dass der Markt für eine effiziente Bedürfnisbefriedigung sorgt.

Das bernische Waldgesetz wurde per 1. Januar 2014 revidiert (Kantonales Waldgesetz vom 5. Mai 1997; KWaG; BSG 921.11). Im Zweckartikel ist festgelegt, was der Kanton mit dem Gesetz sicherstellen will (Art. 1 KWaG). Mit Artikel 2 definiert es die «Grundsätze der bernischen Waldpolitik» und damit, wie der Kanton seine Ziele zu erreichen gedenkt: Die Waldpolitik ist darauf ausgerichtet, dass eine unternehmerische Waldwirtschaft «die gesellschaftlichen Bedürfnisse [...] erfüllen kann» (Art. 2 Abs. 1 Bst. a KWaG). Die Waldbewirtschaftung ist Sache der Eigentümer (Art. 8 Abs. 1 KWaG). Die Aufgaben des kantonalen Forstdienstes sind abschliessend definiert (Art. 38 ff. KWaG). Das Arrangement entspricht dem Modell des Gewährleistungsstaates (vgl. Tabelle 1): Der Kanton erfüllt seine Kernaufgaben und sorgt dafür, dass die Wirtschaft die Gewährleistungsaufgaben erfüllt.

Das Amt für Wald hat die Herausforderungen identifiziert, welche sich auf seine künftige Aufgabenerfüllung auswirken. Angesichts der begrenzten öffentlichen Mittel ist der Kanton zur Sicherung der Waldleistungen auf eine funktionierende Waldwirtschaft angewiesen, die nötige Massnahmen professionell planen, organisieren, durchführen und mit Erträgen oder Beiträgen nachhaltig finanzieren kann (Schmidt & Hostettler 2014). Der Handlungsbedarf ist besonders gross, weil der Berner Wald sehr vielen verschiedenen Eigentümern gehört und die Zusammenarbeit noch zu entwickeln ist: 36000 private und über 400 öffentliche Waldeigentümer teilen sich je knapp 90000 ha Wald. Davon sind 54000 ha in der Hand von 97 Forstbetrieben, was eine produktive Waldfläche von etwa 550 ha pro Betrieb ergibt. Lediglich 11% des produktiven Berner Waldes gehört zu Betrieben, die grösser als 1000 ha sind (alle Angaben BAFU 2017). Eine wettbewerbsfähige Waldwirtschaft ist in diesen Strukturen kaum mehr möglich. Es braucht sie aber, um auch künftig die öffentlichen Waldleistungen zu erbringen und der Holzindustrie genügend Versorgungssicherheit für die nötigen Investitionen zu geben.

Die Berner Waldpolitik verfolgt daher drei Ziele:

- 1) Der Berner Wald bleibt erhalten, gesund, vielfältig und anpassungsfähig.
- 2) Eine erfolgreiche Waldwirtschaft nutzt die Ressource Holz und erbringt weitere Leistungen im öffentlichen Interesse.
- 3) Das Amt für Wald des Kantons Bern leistet dazu seinen wichtigen Beitrag (KAWA 2017).

Zentral ist die Entwicklung einer unternehmerischen Waldwirtschaft, was auch die Rückbesinnung des kantonalen Forstdienstes auf seine Aufgaben erfordert (Schmidt & Hostettler 2014). Besondere Bedeutung kommt dabei den Förderprogrammen zu, die so auszugestalten sind, dass sie starke Anreize zu Kooperation, Innovation und Professionalität in der Waldwirtschaft schaffen (Schmidt 2016).

Beschreibt man die Berner Waldpolitik im oben vorgeschlagenen Raster (Abbildung 2) ergibt dies die Kombination «CCAB»:

- 1) Die Bewirtschaftung des Waldes ist Sache der Waldeigentümer. Der Kanton sorgt dafür, dass sie die Waldleistungen in der erforderlichen Qualität erbringen können (C). Er stellt Grundlagen bereit und berät die Akteure. Bei besonderen Biodiversitätsleistungen tritt er zudem selbst als Einkäufer auf. Die Schutzwaldpflege wird von den sicherheitsverantwortlichen Stellen bestellt; der Kanton unterstützt die Waldbewirtschaftler als Leistungserbringer (Schmidt 2016). Im Bereich Freizeit und Erholung sollen vermehrt Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es den Waldbesitzern ermöglichen, die Leistungen mit den Nutzniessenden oder den Verursachenden gegen Entschädigung zu vereinbaren.
- 2) Um Leistungen transparent zu machen, ist der Wald zielgerichtet und damit segregativ zu bewirtschaften (vgl. Schmidt 2010). Im rechtlich zulässigen Rahmen entscheidet der Waldbesitzer nach betriebswirtschaftlichen Kriterien, was produziert wird. Die Wirkung bleibt aufgrund der gesetzlichen Vorgaben aber multifunktional (C). Besondere Leistungen sind zu vereinbaren und zu bezahlen. Wo die Finanzierung fehlt, wird ein professioneller Betrieb die Kosten vermeiden, was zu einem Dialog über Leistungen, Kosten und deren verursacherrechte Abgeltung führt.
- 3) Die Versorgung der Wirtschaft mit dem Rohstoff Holz soll aus volkswirtschaftlichen sowie klima-, energie- und umweltpolitischen Gründen gesichert werden. Eine leistungsfähige Holzwirtschaft stützt die Waldwirtschaft. Der Kanton finanziert daher Massnahmen zur vorwettbewerblichen Förderung von Absatz und Verwendung des einheimischen Holzes (A).
- 4) Grundsätzlich strebt das kantonale Waldgesetz eine «möglichst klare Aufgabenteilung zwischen staatlicher und betrieblicher Ebene» an (Regierungsrat 1996). Dennoch ist die Übertragung kantonaler



Abb 3 Der neue Campus Biel der Berner Fachhochschule soll aus Berner Holz gebaut werden. Ab Herbst 2022 werden darin die beiden Departemente Technik und Informatik sowie Architektur, Holz und Bau untergebracht sein. Foto: Kanton Bern

Aufgaben an geeignete Organisationen der Waldeigentümer möglich (KWaG Art. 40). Mit einer entsprechend flexiblen Revierorganisation soll die unternehmerische Entwicklung der Waldwirtschaft unterstützt werden. Amtliche (kantonale) und betriebliche Aufgaben können somit organisatorisch zusammen erfüllt werden, sofern dies die Waldwirtschaft fördert (B).

Die Umsetzung dieser Konzeption ist trotz des klaren rechtlichen Rahmens anspruchsvoll, weil damit ein Wandel für die Mitarbeitenden des Amtes und die Waldbesitzer verbunden ist: Der Kanton zieht sich gemäss seinem Auftrag aus den betrieblichen Tätigkeiten zurück. Im Gleichschritt dazu ist die «private» Waldwirtschaft zu aktivieren. Dies kann wegen der vielfältigen Verhältnisse im Kanton nicht nach einem staatlichen Einheitsmodell erfolgen. Die Waldwirtschaft muss ihre Lösungen entsprechend den Bedürfnissen der Regionen selbst entwickeln. In Gebieten mit vorwiegend grösserem, öffentlichem Waldeigentum sind leistungsfähige, professionell geführte Forstbetriebe das Ziel. Für kleinstrukturierte Regionen sollen bestehende oder neue Dienstleistungsunternehmen der Waldeigentümer ihr Angebot so ausbauen, dass sie den Einzelnen für die Bewirtschaftung ihres Waldes bedarfsgerecht die benötigten Leistungen anbieten können.

Den ideologischen Kampf ad acta legen und den Wandel annehmen

Der Erfolg von politischen Programmen hängt von ihrer Qualität und ihrer konsequenten Umsetzung ab. Letztere ist im Kanton Bern noch zu leisten. Die Entwicklung einer nachhaltigen Waldwirtschaft kann aber in ihrer Notwendigkeit und Logik begründet werden: Sie soll bei gleichem Einsatz von öffentlichen Mitteln zu gesellschaftlich besseren

oder bei kleinerem Einsatz zu mindestens gleichbleibenden Ergebnissen führen. Waldwirtschaft ist dabei mehr als nur Holzproduktion, die aber per se sinnvoll und ein zukunftsfähiger Treiber für Unternehmen ist, die auch die übrigen Leistungen erbringen können. Eine leistungsfähige Waldwirtschaft ist die beste Versicherung im Klimawandel und gegen den zunehmenden Druck auf den Wald. Sie reduziert die Risiken des Staates und entlastet ihn bezüglich der Komplexität seiner Organisation und Prozesse. Auch für die Forstdienste ist es motivierender, Teil eines funktionierenden, wettbewerbsfähigen Systems zu sein, als im «Nebel der Multifunktionalität» mit stets höherem öffentlichen Mitteleinsatz den Niedergang zu verwalten.

Unser Umfeld hat sich verändert. Der Wald weist hohe Holzvorräte und eine hohe Biodiversität auf. Gesellschaft und Waldeigentümer schätzen seine Leistungen. Es braucht neben der Gesetzgebung keine weiteren «staatlichen Sicherheitsnetze» mehr, um den Wald vor seinen Eigentümern zu schützen. Die Politik soll vielmehr definieren, welche Leistungen in welcher Qualität zu sichern sind. Die Verwaltung schafft dazu die nötigen Rahmenbedingungen. Sie setzt die politischen Programme um, evaluiert ihre Wirkung und korrigiert sie, wenn dies nötig ist. Die eigentliche Leistungserfüllung ist einer unternehmerischen, nachhaltigen Wirtschaft zu übertragen.

Die Kampagne #Woodvetia und die Ergebnisse des Nationalen Forschungsprogramms «Ressource Holz» (NFP 66) machen Mut für eine überzeugende Ressourcenpolitik Holz der Kantone und einen Aufbruch in der Schweizer Waldwirtschaft. Dazu braucht es «Unternehmen, Verbände und Behörden, die ihre zu engen Stammpflicht verlassen», wie es Dr. Martin Riediker, Präsident der Leitungsgruppe NFP 66, treffend ausdrückt (Rey & Thalmann 2017). Die Kantone tragen hier eine besondere Verantwortung, sie sollten vorangehen.

Im August 2018 feiert der Schweizerische Forstverein sein 175-jähriges Bestehen. Als Tagungs-ort der Jubiläumsversammlung wurde Biel gewählt, die Hochburg des Holzbaus im Berner Seeland (Abbildung 3). Biel kann ein Meilenstein und unser Holz das Symbol für die Richtung einer neuen nachhaltigen Waldpolitik werden. Wir wollen 2043 in Langenthal Erfolge feiern, dort, wo der Verein 1843 gegründet wurde. ■

Eingereicht: 2. März 2018, akzeptiert (ohne Review): 13. März 2018

Literatur

- BAFU (2017)** Jahrbuch Wald und Holz 2017. Bern: Bundesamt Umwelt, Umwelt-Zustand 1718. 110 p.
- BAK BASEL (2017)** Evaluation des Finanzhaushalts des Kantons Bern. Basel: BAK Basel Economics AG, Studie im Auftrag der Finanzdirektion des Kantons Bern. 37 p.

- BAK BASEL (2014)** Evaluation des Finanzhaushalts des Kantons Zug. Basel: BAK Basel Economics AG, Studie im Auftrag der Finanzdirektion des Kantons Zug. 104 p.
- BLOETZER G (2009)** Hoheit, Verwaltung und Betrieb in der Forstorganisation. In: Thees O, Lemm R, editors. Management zukunftsfähige Waldnutzung. Grundlagen, Methoden und Instrumente. Zürich: vdf Hochschulverlag. pp.13–42.
- DE BUREN G (2011)** Un regard sur la politique forestière suisse (essai). Schweiz Z Forstwes 162: 205–208. doi: 10.3188/szf.2011.0205
- HOSTETTLER M (2003)** Governance in der Waldwirtschaft. Schweiz Z Forstwes 154: 42–50. doi: 10.3188/szf.2003.0042
- KAWA (2017)** Geschäftsfeld Walderhaltung und Waldwirtschaft: Strategie. Bern: Amt Wald, interne Version 8. 23 p. unveröffentlicht.
- KOK (2017)** Ökonomische Dimension der Nachhaltigkeit im Wald. Bern: Konferenz der Kantonsförster, Entwurf vom 1. Juni 2017. 2 p. unveröffentlicht.
- REGIERUNGSRAT (1996)** Vortrag des Regierungsrates an den Grossen Rat betreffend Kantonales Waldgesetz (KWaG). Bern: Regierungsrat des Kantons Bern. 25 p.
- REICHARD C (2004)** Das Konzept des Gewährleistungsstaates. In: Göbel E, Gottschalk W, Lattmann J, editors. Neue Institutionenökonomik, Public Private Partnership, Gewährleistungsstaat. Berlin: Gesellschaft für Öffentliche Wirtschaft. pp. 48–59.
- REY L, THALMANN P (2017)** Holzbeschaffung und nachhaltige Holznutzung. Bern: Schweizerischer Nationalfonds, Thematische Synthese Nationales Forschungsprogramm NFP 66 «Resource Holz». 36 p.
- ROCHE M (2017)** Forest governance and sustainability pathways in the absence of a comprehensive national forest policy. The case of New Zealand. For Pol Econ 77: 33–43.
- SCHMIDT R (2010)** Vermarktung von Schutzleistungen des Waldes – das Beispiel Kanton Bern. Schweiz Z Forstwes 161: 379–383. doi: 10.3188/szf.2010.0379
- SCHMIDT R (2016)** Ausgestaltung und Wirkung der forstlichen Förderung nach NFA im Kanton Bern (Essay). Schweiz Z Forstwes 167: 264–269. doi: 10.3188/szf.2016.0264
- SCHMIDT R, HOSTETTLER M (2014)** Waldunternehmen gehört die Zukunft (Essay). Schweiz Z Forstwes 165: 232–235. doi: 10.3188/szf.2014.0232
- STEINMANN K, LIEBERHERR E, ZIMMERMANN W (2017)** Waldpolitik der Schweiz. Ein Lehrbuch. Zürich: Dike. 153 p.
- VON FISCHER R (2012)** Grusswort des Kantonsoberröforsters (an der Generalversammlung der Berner Waldbesitzer vom 26. Oktober 2012). Berner Wald 43 (5): 123.

Quellen

BFS (2017) Schweizerische Forststatistik. Neuenburg: Bundesamt Statistik. www.pxweb.bfs.admin.ch/pxweb/de/ (10.3.2018)

La politique forestière bernoise dans le «combat des idéologies» (essai)

Les cantons suisses divergent sur des questions importantes concernant l'économie forestière. Même si les situations différentes peuvent en partie justifier ceci, le fait est pourtant problématique. Il entrave le développement de la politique forestière nationale et de l'économie du bois et il comporte des risques pour l'économie forestière et les services forestiers cantonaux. L'article présente un schéma pour la description des politiques forestières cantonales et propose de les discuter plus souvent. Un point central consiste dans le rôle que l'Etat endosse envers l'économie forestière. Compte tenu des intérêts publics, l'Etat-providence considère celui-ci comme un service public qu'il prodigue lui-même. L'Etat minimal néolibéral privatise complètement l'économie forestière et part du principe que le marché satisfait tous les besoins de façon efficiente. La politique forestière bernoise peut être affectée au modèle de l'Etat garant de prestations. Dans la conception de l'Etat, celui-ci se situe entre les extrêmes: la législation forestière définit les prestations politiquement souhaitées et garantit que celles-ci soient fournies, conformément aux besoins, par une économie forestière dans un cadre entrepreneurial. Le développement structurel de l'économie forestière est le facteur-clé du succès dans le canton de Bern et, partant, correspond aussi aux préoccupations centrales de la stratégie cantonale dans le champ des tâches Forêt.

Forest policy of the Canton of Berne in “the struggle of ideologies” (essay)

The Swiss cantons are drifting apart from each other in important questions about the forest economy. Even if the differing cantonal conditions may partly explain the varying approaches, it's problematic. The differences constrain the development of the national forest policy and timber industry and may also lead to risks for the forest economy and the cantonal forest services. The article presents a typology to describe cantonal forest policies and aims to stimulate a discussion between the cantons. A central issue is the role played by the state in the forest economy. The “provisioning state” considers the forest sector as a public service, due to the public interest and provides the services itself. The neo-liberal “minimal state” fully privatises the forest economy and operates on the principle that the market will satisfy all needs in the most efficient way. Forest policy in the Canton of Berne considers the state as the guarantor of the forest's services. This approach is located between the two mentioned extremes: the state defines the services which are needed and ensures that these are supplied by an entrepreneurial forest economy. Thus, the structural development of the forest economy in the Canton of Berne is the key to success and also one of the core concerns of the cantonal forest strategy.